

Norman Birnbaum

Politik nach der Entpolitisierung? *

Die USA Anfang 2002



Prof. em. Dr. Norman Birnbaum, geb. 1926 in New York, lehrte am Georgetown University Law Center in Washington D.C. Schwerpunkte: Amerikanische Gesellschaft und Politik, Kapitalismus/Sozialismus. Sein neuestes Buch „Nach dem Fortschritt“ erscheint Ende August 2002 in der Deutschen Verlagsanstalt in München.

Die politische Strategie George Bushs und der Republikaner nach dem 11. September 2001 ist genau dieselbe wie zuvor: die einer rücksichtslosen Entpolitisierung des öffentlichen Raumes. Durch die Betonung von „Werten“, die Hervorhebung einer „individuellen Verantwortung“ und der „Güte“ des amerikanischen Volkes soll jeder Verweis auf die Unterschiede in Einkommen, Macht und Reichtum in der Bevölkerung entwertet, ja sogar vollständig eliminiert werden. Denn eine Beschwörung dieser Differenzen hieße, Klassenkampf zu akzeptieren - vor dem, nach Meinung der Republikaner, die Bevölkerung zurückschrecken sollte, denn Klassenunterschiede sind (in der unnachahmlichen Formulierung von George Bush Senior) „etwas, was die Europäer besitzen, wir glücklicherweise jedoch nicht“. Die Ereignisse des 11. September und die darauf folgende nationale Mobilisierung in einem dauerhaften „Krieg gegen den Terror“ waren natürlich eine willkommene Entschuldigung für die Verfolgung einer globalen Hegemonie durch eine politische Elite, die sogar den Vorwand des Multilateralismus abgelegt hat.

Die Autoren der Unabhängigkeitserklärung drückten „Respekt gegenüber den Ansichten der Menschheit...“ aus. Die Bush-Regierung hat die Welt wissen lassen, dass sie belogen werden wird. Dazu findet man eine exakte innenpolitische Entsprechung, nämlich in den Bemühungen des Staates, den Interessen seiner Finanz-Zuchtmeister zu genügen - dargeboten als Befreiung der Bevölkerung aus den eisernen Klauen der Regierung. Ich kann nicht sagen, ob Bush von Hayek gelesen hat, einige Mitglieder seiner Entourage taten dies aber auf jeden Fall - und sie haben dessen Doktrin sorgfältig mit den Strategien eines älteren Meisters, nämlich Machiavelli, kombiniert.

Bei diesem Vorhaben hat Bush sowohl wissende als auch sich dessen unbewußte Verbündete. Während ich schreibe, wurde das wichtigste politische Diskussionsforum der Nation,

* Aus dem Amerikanischen übersetzt von Katharina Hemmer.

ein Fernsehprogramm namens „Nightline“, zeitweise begnadigt, bevor es durch eine von einem grinsenden Clown moderierte Talkshow ersetzt wurde. Berlusconi sollte besser auf seinen Ruf achten: Sowohl ihre Rohheit und Vulgarität als auch ihre Ignoranz und die Verfälschungen in der politischen Berichterstattung machen die amerikanischen Medien zu ernsthaften Rivalen seiner Fernsehsender. Auf diesem Schauplatz hat der Großteil der Demokraten schon kapituliert. Die „New Democrats“ befürworten Deregulierung, Einschränkung des öffentlichen Sektors und die Privatisierung unseres zwar begrenzten, jedoch nicht unwirksamen Wohlfahrtsstaates. Finanziert werden sie von der Wall Street, und sie sind den Republikanern nicht unähnlich in ihrer Abneigung gegenüber Klassendiskussionen. Sie versuchen, diesen die weißen Vororte streitig zu machen. Die „New Democrats“ füllen das Vakuum innerhalb der Demokratischen Partei aus, das durch die Schwächung der Gewerkschaften und das Verschwinden der städtischen politischen Apparate entstanden ist. Ihr Anführer war Bill Clinton mit seinem Slogan, dass „die Ära von Big Government vorbei“ sei.

Clinton war natürlich eine absolut mehrdeutige Figur - er stand sowohl den Schwarzen als auch der Frauenbewegung nahe, war dem Grossteil der amerikanischen Demokratie sympathisch, vertrat jedoch auch die Überzeugung, dass Wohlstand vor allem auf der Unterstützung der ausbaufähigen und innovativen Möglichkeiten des Kapitalismus beruhe. Unter seiner Präsidentschaft verloren die Demokraten sowohl beide Häuser des Kongresses als auch die Kontrolle über die Mehrheit der Gouverneursposten und staatlichen Legislative. Sein Nachfolger Gore verlor die Wahl nicht nur aufgrund von gerichtlicher Schikane, sondern weil er (ohne die persönliche Anziehungskraft Clintons zu besitzen) der Nation zwei Gesichter präsentierte. Einmal war er der reformierende, die Umverteilung befürwortende Demokrat, ein andermal strenger Verfechter persönlicher Verantwortung (in den USA ein Codewort für die Reduzierung des Wohlfahrtsstaates) und engagierter Diener des Marktes.

Man sollte sich erinnern, dass der zentrale Faktor in der amerikanischen Politik der ist, dass bei Präsidentschaftswahlen nur die Hälfte der Bevölkerung wählt, und bei den Zwischenwahlen zum Repräsentantenhaus und zum Senat der Prozentsatz nur bei knapp 40 Prozent liegt. Dadurch wird die Bedeutung einzelner Segmente in der Wählerschaft sowie auch das Gewicht jener Gebildeteren und Wohlhabenderen größer, die wählen. Sich auf ein generelles öffentliches Interesse zu berufen, wird schwerer: Wie sollten die Bürger zu einer Vorstellung davon gelangen? In der Zeit der reformistischen Demokratischen Partei, von Franklin Roosevelt bis Lyndon Johnson, organisierten die Gewerkschaften ein Drittel der Arbeitskräfte, und diese handelten quasi als Treuhänder einer Gesamtbevölkerung, die sich ansonsten völlig in den Händen eines organisierten Kapitals befunden hätte. Nachdem der Organisationsgrad der Gewerkschaften inzwischen auf ca. dreizehn Prozent gesunken ist, hat die neue AFL-CIO-Spitze unter John Sweeney die politische Ersatzfunktion der Gewerkschaften im Hinblick auf die Erneuerung sowohl der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung als auch der Reformpolitik aufgegriffen. Trotz des Rückgangs der Gewerkschaftsmitgliedschaft kommt immerhin fast ein Viertel der amerikanischen Wählerschaft aus Gewerkschaftshaushalten. Gerade diese Wähler waren es, die 2000 fast die Präsidentschaft für die Demokraten gewonnen hätten, und die es der Partei überhaupt möglich machten, eine annähernd gleiche Aufteilung der Sitze im Senat zu erreichen und die republikanische Mehrheit des Hauses zu schmälern. Ein Großteil dieses Erfolges beruhte nicht nur auf der Mobilisierung der gewerkschaftlichen Wähler, sondern auch auf einer engen Zusammenarbeit mit Umweltschützern und Feministinnen, mit Schwarzen und Hispanics, mit aktiven Bürgerverbänden jeder Art - und mit den Kirchen. In einer Gesellschaft, in der die Hälfte der Bevölkerung sonntags zur Kirche geht, setzt die Kirche ihre Führungskraft vor allem zu-

gunsten der Erhaltung und Erweiterung des amerikanischen Wohlfahrtsstaates ein. Mit seiner nun vorgelegten „Agenda For All America“ will AFL-CIO die demokratische Mehrheit im Senat verbreitern und dazu beitragen, das Haus bei den Wahlen im November 2002 von den Republikanern zu erobern. In der „Agenda“ wird nach höheren Investitionen für die Bildung verlangt, nach der Verteidigung und Erweiterung der Rentenversicherung, nach einer Erhöhung der Mindestlöhne und einem Ausbau der Krankenversicherung, außerdem soll in der Privatwirtschaft zu strengeren Kriterien in Bezug auf Verantwortlichkeit und Legalität angehalten werden. Da die Privatwirtschaft ihren Kandidaten fünfzehn Mal mehr bieten kann als die Gewerkschaften ihren, sind diese natürlich abhängig von einer Mobilisierung ihrer Basis und von einer breiten politischen und sozialen Zusammenarbeit mit denjenigen, die den „New Deal“ und die „Great Society“ als Meilensteine der amerikanischen Demokratie ansehen. Dies bringt für die Demokratische Partei allerdings auch einen inneren Konflikt mit den „New Democrats“ mit sich.

Die wirtschaftliche Lage ist unklar. Der große Boom der Neunziger war für die obersten zwanzig Prozent der Einkommensskala lukrativ, brachte den eher im mittleren Bereich angesiedelten schon viel weniger ein, während er den untersten Prozenten der Skala auch etwas mehr bescherte. Aber die relativen Unterschiede sind gewachsen und die sozialen Transferleistungen wurden geschmälert. Konsum reguliert die Wirtschaft - hat aber auch seinen Preis.

Der Präsident der Zentralbank glaubt theoretisch an den freien Markt, doch in Wirklichkeit waren seine Zinskürzungen perfekte Beispiele für eine staatliche Intervention in die Wirtschaft.

Die Konsequenz daraus war, dass die Hypotheken fielen, wodurch die Hausbesitzer an Kaufkraft gewannen. Diese nutzten sie, um Produkte, die von schlechtbezahlten Arbeitnehmern im Ausland hergestellt werden, zu kaufen. Auf diese Weise sammelten sie Schulden an, was zu einem gefährlichen Risiko werden kann, sollten sie ihre Arbeit verlieren. Auch halfen sie durch dieses Verhalten unbewusst mit, Arbeitsplätze in den Vereinigten Staaten zu zerstören.

AFL-CIO konnte einige Erfolge im Kampf gegen den freien Handel verbuchen, welche sich die marktfreundlichen Demokraten sogleich leidenschaftlich zu eigen machten - und der Kampf um die Einführung von Standards in Bezug auf Umwelt und Arbeitsbedingungen bei Handelsbeziehungen geht weiter. Die amerikanische Stahlindustrie zum Beispiel steht inzwischen vor dem Zusammenbruch. Bush war, auf Geheiß von republikanischen Kongressabgeordneten hin, die um ihre Mandate in Bezirken mit hoher Stahlproduktion fürchteten, genötigt, protektionistische Maßnahmen zu ergreifen. Währenddessen geht der Investitionszyklus in den Neuen Technologien zuende, die Wirtschaftswissenschaftler jedoch lassen nicht davon ab, das Dogma der „Produktivitätssteigerung“ zu propagieren. Aber man kann davon ausgehen, dass große Teile dieses „Produktivitätssteigerung“ in Amerika einer einfachen Tatsache zugeschrieben werden können: Ohne den Schutz von Gewerkschaften sind viele Arbeiter gezwungen, mehr Stunden zu arbeiten als die, für die sie bezahlt werden, so dass Neun-Stunden-Tage in den Wirtschaftsstatistiken als Acht-Stunden-Tage zählen. Außerdem lassen die Kriterien der Ökonomen für „Produktivität“ die Kosten, die der Gesellschaft aus dem unzureichenden Angebot an Tagesbetreuung, im Erziehungs- und Gesundheitswesen, bei den sozialen Diensten und dem Transport entstehen, völlig außer Acht. Jedenfalls geht es im Moment darum, ob wir uns in einer Rezession befinden oder diese gerade hinter uns lassen. Gemäß amerikanischen Kriterien ist die Arbeitslosigkeit von ca. viereinhalb Prozent auf fünfzehn Prozent gestiegen. (Unsere Statistiken sind mit den in

der EU angewendeten nicht vergleichbar, und sie verringern das wirkliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit.) Investitionen sind zurück gegangen. Die Republikaner haben im Kongress einer Ausweitung der Arbeitslosenunterstützungen zugestimmt - aber als Preis dafür weitere Steuersenkungen für ihre Wähler und Geldgeber, für die Wohlhabenden und die Kapitalgesellschaften, herausgeschlagen. Bushs frühere Steuersenkungen, absurd zum Vorteil der Reichen verzerrt, und sein gewaltiges Programm für Verteidigungsausgaben lassen den Bundeshaushalt wieder ins Defizit rutschen. Die Zinsen steigen zwar unweigerlich, haben dabei jedoch nur eine beschränkte Wirkung auf Investitionen. Die einzelnen Staaten und Städte erleben derweil eine einschneidende Abnahme ihrer Steuereinnahmen. Gerade jetzt, wo die Nachfrage nach sozialen Diensten wächst, hat das Weiße Haus systematische Kürzungen der Ausgaben des Bundes in diesem Bereich vorgeschlagen. Wieder einmal wird denjenigen, die eine Regierungspolitik, die den Arbeitsmarkt anregt, soziale Dienste erweitert und Bürger und Arbeiter auf die Zukunft vorbereitet, am Nötigsten hätten, gesagt, sie sollten gefälligst ihre eigenen Ressourcen nutzen (und die Wirkungsweise des Marktes).

Steht nun wieder die klassische Opposition der zwei größten Parteien bevor - wobei die Demokraten eine, wie auch immer eingeschränkte, amerikanische Ausgabe der sozialen Demokratie befürworten, und die Republikaner die gütige Allwissenheit und Omnipotenz des Marktes verteidigen? Die Schwierigkeit ist, dass ein nicht unbedeutender Teil der Demokraten die Traditionen der eigenen Partei aufgekündigt hat. Die Aufmerksamkeit der Nation ist ein Weilchen auf den Kollaps der Enron Corporation gerichtet - eine Energiefirma, die aktuell eigentlich vor allem ein spekulatives Unterfangen mit Termingeschäften darstellte, bei dem Vorstände und Manager sich (einigermaßen illegal) auf Kosten ihrer Angestellten und Anteilseigner bereicherten. Das Unternehmen hatte die engsten Verbindungen zu den Republikanern, doch auf der langen Liste von Politikern, die Zuwendungen erhielten, finden sich auch viele Demokraten. Und die können nun kaum von sich behaupten, Vorbilder bürgerlicher Disziplin zu sein. Die Enron-Affäre hat die Auswirkungen des kürzlichen Absinkens des Aktienmarktes verstärkt. Sie hat für eine Zeit das Drängen der Republikaner (und, erneut, der „New Democrats“) auf einen Ersatz des öffentlichen Systems der Altersversorgung, der Social Security, durch eine teilweise oder vollständig privatisierte Struktur, zwischenzeitlich abgeschwächt. Viele der Enron-Angestellten, deren Beiträge zur Altersvorsorge in die Aktien der Firma investiert wurden, verloren all ihre Ersparnisse.

Währenddessen haben sich die Demokraten die groteske Sichtweise zu eigen gemacht, eine Defizitfinanzierung von Seiten der Regierung sei immer schlecht. Sie machen staatliche Unternehmen systematisch schlecht, wie man es von den Verteidigern der absoluten Privatisierung gewohnt ist. Der Zustand der Umwelt könnte landesweit verbessert, und unsere Abhängigkeit von ausländischen Ölquellen begrenzt werden, hätten wir nur ein Netzwerk von Hochgeschwindigkeitszügen. Benutzt man allerdings die gewohnten Verfahren der Wirtschaftlichkeitsberechnung, bei denen die Langzeit-Konsequenzen wirtschaftlicher Geschäfte ausgeblendet bleiben, ergibt sich, dass sich eine Investition in Hochgeschwindigkeitszüge nicht lohnen würde - die Privatwirtschaft hätte diese ansonsten schon längst eingeführt. Es gibt ein paar kritische Wirtschaftswissenschaftler an den Universitäten und einige kritische Wirtschaftsjournalisten, doch ihnen wird kaum Aufmerksamkeit geschenkt. In anderen Perioden der amerikanischen Geschichte (der progressiven Epoche, dem New Deal, den Sechzigern) gab es kritische Denker, deren pädagogische Bemühungen von großen Teilen der Bevölkerung begrüßt wurden. Ob eine Öffentlichkeit - im Gegensatz zu einem atomisierten Haufen von Bürgern, die nie darauf kämen zu denken, sie besäßen wirtschaftliche und soziale Rechte - überhaupt existiert, ist eine immer akuter werdende

Frage. Auf jeden Fall hat ein Großteil der Demokratischen Partei die politische Pädagogik zugunsten einer kurzfristigen Wahltaktik aufgegeben - und schafft es trotzdem noch zu verlieren. Man fühlt sich an Senator Kennedys Bemerkung erinnert: „Was Amerika nicht braucht, sind zwei republikanische Parteien.“

Es gibt in den Vereinigten Staaten beträchtliche lokale Bürgerinitiativen, und es existiert eine Unmenge von Organisationen neben den Parteien, die in einer bruchstückhaften Öffentlichkeit präsent sind. Die Medien ignorieren sie allerdings weitgehend - zugunsten von Klatsch - oder der Veröffentlichung plattester ideologischer Vorurteile.

Potentieller Nachwuchs einer kritischen Bürgerschaft ist also meist auf sich gestellt. John Sweeney hat erkannt, dass die Gewerkschaften kaum überleben und noch viel weniger expandieren können, solange keine öffentliche Debatte über die Klassenstruktur geführt wird, im Rahmen derer die Bürger aus den privatisierten Strukturen einer Existenz, die von den Massenmedien als normal dargestellt wird, ausbrechen können. (Unsere Romane und, öfter noch, unsere Filme, sind hier häufig ehrlicher.) Zur Zeit gibt es ungefähr 85 Mitglieder des „Congressional Progressive Caucus“ (von 435 Mitgliedern des Repräsentantenhauses) und ungefähr 20 Senatoren (von 100), die sich beständig und systematisch mit den Gewerkschaften abstimmen. Sie sind so damit beschäftigt, das bisschen an Wohlfahrtsstaat und Arbeitnehmerrechten, die wir haben, zu verteidigen, dass ein großes neues Projekt nicht bevorsteht. Senator Kennedy hat Jahre damit verbracht, erfolgreich für die Erhöhung des lächerlich niedrigen Mindestlohnes zu kämpfen: jetzt, im Alter von 70 Jahren, fühlt er sich ohne Zweifel wie Sisyphus.

Es ist unmöglich, den wirtschaftlichen Kurs des nächsten Jahres vorherzusagen, obwohl die Versicherungen von konventionellen Wirtschaftswissenschaftlern, dass das Schlimmste hinter uns liege, als unterlassene Vorbereitung auf einen weiteren Abstieg gedeutet werden können. Dies heißt nicht, dass wirtschaftliche Not, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und der Verlust von Arbeitsplätzen die Bürger dazu bringen wird umzudenken oder sie öffnen wird für Argumente im Sinne von üblichen Lösungen für übliche Probleme. Nein, sie müssen mit Alternativen konfrontiert werden. Sobald die Wahlen 2002 entschieden sind, wird sich die Aufmerksamkeit auf die Wahl eines demokratischen Präsidentschaftskandidaten richten, und diese Wahl wird eminent ideologisch sein. Sollte der gewählte Kandidat ein „New Democrat“ sein (etwa Senator Joseph Lieberman, Gores Kandidat für den Vizepräsidenten), dann ist es absolut möglich, dass Ralph Nader die Wahl wieder anführt. Die Gewerkschaften haben die Demokratische Partei als Instrument gewählt, doch sie haben es nicht zu nutzen vermocht, dass es die Chancen, ihre legislativen Ziele zu erreichen, hätte maximieren können, vom Durchbruch zu einer neuen Politik ganz abgesehen. Dies mag der Zukunft vorbehalten sein, gegenwärtig lässt sich nur sagen, dass die Nation langsam aus der politischen Starre erwacht, in die sie nach dem Schock des 11. September gefallen war.